

Wolmirstedter Basisbrief

Nr. 124/04.05.2012 Das Basisblatt der Partei DIE LINKE. Basisorganisation Wolmirstedt
Detlef Horstmann 39326 Wolmirstedt, Str. der Deutschen Einheit 59 Tel. 039201/25864 Mobil: 0173/2188139 E-Mail:
zettefh@gmx.de

Genossin/e
«Vorname» «Name»
«Anschrift»
«PLZ» «Ort»

Einladung

Liebe/r Genossin/e,

zu unserer Mitgliederversammlung am

**Mittwoch, den 23.05.2012 um 18.30 Uhr
in die Bauernstube
des Bürgerhauses auf der Schlossdomäne in Wolmirstedt**

möchten wir Dich hiermit recht herzlich einladen.

Folgende Tagesordnung schlagen wir vor:

1. Informationen von der Kreisvorstandssitzung am 14.05.2012
2. Auswertung der Veranstaltung am 30.03.2012 und weitere Vorhaben
3. Diskussion des Leitantrages an die 1. Tagung des 3. Parteitages der Partei DIE LINKE vom 01.06.2012 – 03.06.2012 in Göttingen
4. Berichte aus den Fraktionen
5. Sonstiges

Hinweis zum TOP 3: Mitglieder/innen, die den Basisbrief per Post erhalten, bekommen den Leitantrag (10 Seiten) am Tag der Mitgliederversammlung.

26.04.2012 im Deutschen Bundestag

Weg mit den Sanktionen - Für menschenwürdiges Existenzminimum, Freiheit und Teilhabe

LINKE fordert die Abschaffung der Grundgesetz- und menschenrechtswidrigen Sanktionen in den Sozialgesetzbüchern II und XII

Katja Kipping (DIE LINKE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vor einigen Wochen wandte sich Birgit P. an mich, weil sie von einer Sanktion bedroht war. Zur Erläuterung: Sanktion bedeutet, dass das ohnehin niedrige Arbeitslosengeld II in Schritten von 30 Prozent bis hin zum kompletten Entzug gekürzt wird. Birgit arbeitet als

Ersatztagesmutter, das heißt, wenn eine reguläre Tagesmutter erkrankt, dann springt sie ein. Diese Arbeit macht ihr Spaß, und die Kinder schätzen sie. Zum Leben reicht es aber nicht. Dafür kommen zu wenige Stunden zusammen, in denen sie einspringen muss. Deswegen ist sie auf aufstockende Hartz-IV-Leistungen angewiesen. Ihr Fallmanager hat sie nun angewiesen, Bewerbungen für Stellen zu schreiben, auf denen sie mehr verdient. Das hat sie auch getan. Allerdings hat sie in diesen Bewerbungen wahrheitsgemäß angegeben, dass sie erst im Sommer eine neue Stelle antreten kann, da sie mit dem Verein, bei dem sie einspringt, auch einen Vertrag mit Kündigungsfristen hat. Der Fallmanager unterstellt ihr nun, mit diesem Hinweis sei sie selbst schuld daran, keinen neuen Job gefunden zu haben. Im Behörden-deutsch heißt das: fehlende Mitwirkung. Ist die erst einmal unterstellt, dann ist Hartz IV schnell gekürzt. Zum Glück hat sich Birgit P. Unterstützung gesucht. Die drohende Sanktion konnte in letzter Minute noch abgewendet werden. Es zeigt sich also: Es lohnt sich, sich zu wehren. (Beifall bei der LINKEN)

Birgit P. ist kein Einzelfall. Immer wieder werden in unserem reichen Land arme Menschen durch Sanktionsandrohungen in Existenzangst gestürzt. Die Linke meint: Kein Mensch hat es verdient, in Existenznot zu geraten. Deswegen wollen wir die Sanktionen abschaffen. (Beifall bei der LINKEN)

Beim Verhängen der Sanktionen unterlaufen immer wieder Fehler. Davon zeugt zum Beispiel folgende Zahl: 40 Prozent der Widersprüche gegen Sanktionen werden in Gänze oder teilweise stattgegeben. Hier wird Menschen also selbst nach den strengen Gesetzesregelungen zu Unrecht das Arbeitslosengeld II gekürzt. Wir reden hier von Menschen, die kein finanzielles Polster haben und wirklich ins Nichts stürzen, wenn ihnen das ALG II gekürzt wird. Ein klassischer Einwand gegen die Sanktionsfreiheit wurde von einem FDP-Redner präsentiert, als wir dieses Thema vor einem Jahr diskutierten. Herr Kober sagte: Man muss auch an die denken, die mit ihrer Hände Arbeit Sozialleistungen erwirtschaften. Solidarität ist keine Einbahnstraße. (Dr. Heinrich L. Kolb (FDP): Da hat er recht!)

Das klingt, als ob die FDP in tiefer Sorge um die Beschäftigten entbrannt sei. Tatsache ist jedoch: Die Beschäftigten erwirtschaften mit ihrer Hände Arbeit zuallererst einmal eines, die Gewinne der Konzerne und die Boni der Topmanager. (Zurufe von der FDP: Oh! - Dr. Heinrich L. Kolb (FDP): Klassenkämpferin!)

Dass die Beschäftigten zum großen Teil auch für das Steueraufkommen verantwortlich sind, liegt nicht an den Hartz-IV-Betroffenen. Das ist Ergebnis einer verfehlten Steuerpolitik, auf deren Grundlage Geschenke für Superreiche ermöglicht werden und die Mittelschicht zur Kasse gebeten wird. (Beifall bei der LINKEN)

Wer möchte, dass die Mittelschicht mehr Geld in der Tasche hat, der muss nicht Erwerbslose schikanieren, sondern der muss einfach für Steuergerechtigkeit sorgen. (Beifall bei der LINKEN)

Wer meint, die Verkäuferin oder der Kfz-Mechaniker hätte auch nur einen Cent mehr in der Tasche, wenn wir weiterhin Erwerbslose mit Sanktionen schikanieren, der irrt. Das Gegenteil ist der Fall. Die Hartz-IV-Sanktionspraxis übt Druck auf die Löhne aus. Selbst ein der Bundesagentur nahestehendes Institut, das IAB, hat bestätigt: Allein die Existenz von Sanktionen führt dazu, dass die Bereitschaft, niedrigere Löhne und familienunfreundliche Arbeitszeiten in Kauf zu nehmen, zugenommen hat. - Im Gegensatz zur FDP wollen wir Lohndumping nicht befördern, sondern beenden. Auch deswegen muss die Situation von Erwerbslosen verbessert werden. (Beifall bei der LINKEN) Ein zweiter Grund. Werden Sanktionen verhängt, so stürzt das den Betroffenen in existenzielle Not bis hin zur Wohnungslosigkeit. Hier unterscheidet sich der linke Freiheitsbegriff vom

schwarz-gelben Freiheitsbegriff. Die Freiheit, die wir meinen, meint immer auch die Freiheit von Existenznot und Wohnungslosigkeit. (Beifall bei der LINKEN)

Wir meinen, die Sanktionspraxis ist mit dem Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum und auf Teilhabe unvereinbar. Dieses Grundrecht gehört für uns zum Kern eines zeitgemäßen, ja eines demokratischen Sozialstaates. Was meint das? In Vorbereitung auf die heutige Debatte habe ich mich mit Menschen unterhalten, die die Auswirkungen der Sanktionen in der Praxis erleben, sei es als Gewerkschaftssekretär, Sozialpädagogin, Erwerbslose. Die Ergebnisse sind in Filmspots zusammengefasst und auf meiner Webseite einzusehen. Darin kommen die Betroffenen selbst zu Wort. Eine Erwerbslose zum Beispiel sagt: Auf dem Jobcenter bin ich keine Bürgerin. Da werde ich entmündigt und bevormundet. - Ein Rechtsanwalt erklärt: Für Rechtsanwälte ist Hartz IV ein Vollbeschäftigungsprogramm. Aber für die Betroffenen ist es ein kolossales Verarmungsprogramm und muss deswegen abgeschafft werden. (Beifall bei der LINKEN)

Für eine Erwerbslosenberaterin ist das SGB II - das meint das Sozialgesetzbuch - sogar ein Strafgesetzbuch. Das klingt sehr hart. Aber zu beobachten ist tatsächlich, dass Menschen, die auf Arbeitslosengeld II angewiesen sind, immer wieder öffentlich unter Generalverdacht gestellt werden. Davon zeugt auch die Sprache der offiziellen Dokumente. Nur ein Beispiel. Wer einen Antrag auf Grundsicherung stellt, der muss eine Belehrung unterschreiben, dass er sofort meldet, wenn ihm zum Beispiel Betriebskosten gutgeschrieben werden. Dann heißt es: Erfolgt dies nicht, ist die Arge verpflichtet, ein Ordnungswidrigkeitsverfahren einzuleiten oder die Sache wegen Verdachtes des Betruges gemäß § 263 StGB der Staatsanwaltschaft zu übergeben. - Da hat jemand gar nichts getan, und schon wird mit der Staatsanwaltschaft gedroht. Es ist doch kein Wunder, wenn Erwerbslose in einer solchen Situation das Gefühl haben, sie hätten ein Kainsmal auf der Stirn. Ich meine, wer von Arbeitslosengeld II, das ohnehin zu niedrig ist - das hat gestern auch das Berliner Sozialgericht so entschieden -, leben muss und immer wieder Absagen auf Bewerbungen bekommt, der ist bereits doppelt gestraft und den müssen Politik und Ämter nicht noch zusätzlich verbal schikanieren. (Beifall bei der LINKEN)

Die Linke hat beantragt, namentlich abzustimmen. Wir wollen das Abstimmungsverhalten veröffentlichen. Jeder soll erfahren können, wie der Abgeordnete, die Abgeordnete seiner Region abgestimmt haben, und zwar aus gutem Grund. Zum einen offenbart sich in der Frage „Wie hältst Du es mit den Sanktionen?“ auch: Wie ernst meinen wir es wirklich mit dem Grundrecht auf Teilhabe? Zum anderen ist die Frage der Sanktionen für die Betroffenen eine zutiefst existenzielle und sehr persönliche Frage. Ich finde, bei einer so gleichermaßen grundsätzlichen wie persönlichen Frage muss es möglich sein, dem eigenen Gewissen zu folgen. Die Fraktionsspitzen sollten hier wirklich von dem Druck zur Fraktionsdisziplin absehen. (Jörg van Essen (FDP): Dessen bedürfte es gar nicht!)

Im Bereich Hartz IV hat der Druck zur Fraktionsdisziplin viele Fehler verursacht und uns immer wieder zu Regelsätzen geführt, die vor Gericht scheitern. Machen Sie Schluss damit! Geben Sie sich einen Ruck! Es geht bei der Sanktionsfreiheit um nicht weniger als die Beendigung von Existenzangst. Ich bitte um Ihre Zustimmung.

»Die Polizei kam leider viel zu spät« (Junge Welt am 03.05.2012)

Neonaziangriff auf ein linkes Wohnprojekt in Neuruppin: Jugendliche mussten sich selbst verteidigen. Ein Gespräch mit Oliver Leonhardt Interview: Gitta Düperthal Oliver Leonhardt ist Pressesprecher des Jugendwohnprojekts MittenDrin in Neuruppin

Das linke Jugendwohnprojekt MittenDrin hat am 1.Mai Proteste gegen einen Aufmarsch von etwa 170 Neonazis in Wittstock unterstützt. Wie kam es unmittelbar danach zum Naziangriff gegen das Haus und seine Bewohner?

Nachdem wir in Wittstock den Aufmarsch verhindert hatten, kündigten die Nazis per Lautsprecher an, sie machten sich jetzt per Bahn nach Neuruppin auf, um dort »ihr Recht durchzusetzen«. Daraufhin fuhren mehrere Gegendemonstranten mit dem Auto los, um ihnen zuvorzukommen und das MittenDrin notfalls zu verteidigen.

Etwa 100 Nazis stiegen tatsächlich im Neuruppiner Bahnhof aus, wo sie zunächst von etwa 70 Polizisten in einer Art Kessel festgehalten wurden. 30 Nazis gelang es, auszuweichen und durch die Parkanlage des Neuruppiner Walls zum MittenDrin vorzudringen. Unterwegs hatten sie Flaschen und Steine gesammelt, die Beamten verfolgten sie aber nicht. Allerdings hatten Antifaschisten aus dem Haus heraus die Polizei zu Hilfe gerufen – sie kam leider viel zu spät.

Warum?

Wir hatten schon eine halbe Stunde vor dem Angriff Polizeischutz angefordert, und fünf Minuten davor ein zweites Mal. Unsere Anruferin wurde am Telefon nur angeraunt, die Polizei könne sich nicht zerteilen.

Sie haben sich also selbst schützen müssen?

Die Polizei hat es später so dargestellt: Aus dem Haus heraus seien Flaschen geworfen worden. Deshalb ermittelt sie nun gegen Antifaschisten, unter anderem wegen versuchter Körperverletzung. Auf unserer Internetseite gibt es jedoch ein Beweisfoto. Darauf ist zu sehen, wie verummte Nazis das MittenDrin attackieren, wobei einer eine Flasche wirft. Ein anderer trägt eine schwarz-weiß-rote Fahne.

Jetzt liegen also Anzeigen gegen die Leute vor, die sich zu diesem Zeitpunkt im Projekt aufhielten?

Zuerst hat die Polizei den Nazis freies Spiel gelassen. Diese hatten wohl die linke Szene noch auf der Demo in Wittstock vermutet und gehofft, das Haus leer vorzufinden. Sie waren also nicht darauf gefasst, dass unsere Leute schon da waren und sich wehrten.

Schließlich griff die Polizei dann doch ein und vertrieb die Nazis. Später wurde von jedem, der das MittenDrin verließ, die Personalien aufgenommen. Wir haben uns von einem Anwalt beraten lassen, und rechnen nicht damit, dass es zu einer Verurteilung kommt: Es war Notwehr oder Nothilfe.

Wie ist denn die Neonaziszene der Region organisiert?

Seit mehreren Jahren ist sie in Kameradschaften wie »Freie Kräfte Neuruppin« und »Freie Kräfte Ost« aktiv. Sie organisiert Nazimärsche und Übergriffe auf Antifaschisten. Mit ihren Bannern waren sie auch bei Demos in Dresden.

Im Neuruppiner Alltag ist ihre Anwesenheit kaum zu spüren. In einer Gartenanlage gibt es mitunter als Geburtstage getarnte Nazifeiern, die unterbindet die Polizei jedoch regelmäßig. Am 14. April gab es einen Aufmarsch, der nach wenigen hundert Metern gestoppt wurde. Die Nazis sind frustriert und gereizt, weil sie aus verschiedenen Einrichtungen Gegenwind erfahren.

Seit 2007 ist das Bündnis »Neuruppin bleibt bunt« aktiv. Unser Oberbürgermeister Jens-Peter Golde – er gehört der unabhängigen Wählergruppe ProRuppin an – hat erkannt, dass eine klare Linie gegen Nazis wichtig ist. Am 1. Mai hat er es auch verhindert, dass die Polizei unser Jugendwohnprojekt durchsucht. Die Nazis haben allerdings noch eine

private Gartenlaube, die sie als »nationalen Rückzugsraum« bezeichnen.

Weitere Termine:

14.05.2012	17.30 Uhr	Hauptausschuss	Wolmirstedt, Ratssaal
14.05.2012	17.45 Uhr	408. Montagsdemo	Magdeburg, Domplatz
14.05.2012	18.00 Uhr	Kreisvorstandssitzung	Wolmirstedt, Bürgerhaus
12.05.2012	10.00 Uhr	Infostand zur Euro-Krise	Wolmirstedt, Boulevard
21.05.2012	17.45 Uhr	409. Montagsdemo	Magdeburg, Domplatz
23.05.2012	18.30 Uhr	Mitgliederversammlung	Wolmirstedt, Bürgerhaus
28.05.2012	17.45 Uhr	410. Montagsdemo	Magdeburg, Domplatz
29.05.2012	17.30 Uhr	Hauptausschuss	Wolmirstedt, Ratssaal
02.06.2012	14.00 Uhr	227. Friedensweg	Wolmirstedt, Schloß- domäne
04.06.2012	17.45 Uhr	411. Montagsdemo	Magdeburg, Domplatz
06.06.2012	18.00 Uhr	Vorstandssitzung	Wolmirstedt, Ganggasse 5
07.06.2012	18.00 Uhr	Kultur- und Rechts- ausschuss	Wolmirstedt, Ratssaal
11.06.2012	17.45 Uhr	412. Montagsdemo	Magdeburg, Domplatz
11.06.2012	18.00 Uhr	Kreisvorstandssitzung	Oschersleben
11.06.2012	17.30 Uhr	Eigenbetrieb	Wolmirstedt, Beratungsraum
12.06.2012	18.00Uhr	Finanzausschuss	Wolmirstedt, Ratssaal
18.06.2011	17.45 Uhr	413. Montagsdemo	Magdeburg, Domplatz
18.06.2011	17.30 Uhr	Hauptausschuss	Wolmirstedt, Ratssaal
20.06.2012	18.30 Uhr	Mitgliederversammlung	Wolmirstedt, Bürgerhaus
21.06.2011	18.30 Uhr	Fraktionssitzung	Wolmirstedt, Gaststätte „Spellunke“ Wolmirstedt August-Bebel-Str. 4

Änderungen vorbehalten

Hinweis: Alle Sitzungen sind öffentlich und wir würden uns freuen, wenn Du den einen oder anderen Termin wahrnehmen könntest. Danke schon im Voraus für Deine Teilnahme.

Unsere Geburtstagskinder im Monat Mai 2012

Brunhilde Schulze	02.05.1932	80 Jahre
Heidemarie Nielebock	22.05.1949	63 Jahre

Wir gratulieren sehr herzlich und wünschen viel Gesundheit.

Detlef Horstmann
Vorsitzender